

Stiftung Landschaftsschutz
Schweiz



*Fondation suisse pour la protection
et l'aménagement du paysage
Fondazione svizzera
per la tutela del paesaggio*

*Fundaziun svizra
per la protecziun da la cuntrada*

Bern, 11. Juli 2013

Seit 20 Jahren keine Lösung bei den umstrittenen Helilandeplätzen:

SL fordert den Bundesrat auf, dem Bazl das Mandat zu entziehen.

Die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz SL fordert, dass die Gebirgslandeplätze (GLP) in Schutzgebieten aufgegeben werden oder dass zumindest die Flugbewegungen massiv eingeschränkt werden. Weil das zuständige Bazl offensichtlich mit der Konfliktlösung überfordert ist, soll die Überprüfung der Landeplätze einem anderen Bundesamt übertragen werden.

Die touristische Gebirgsfliegerei steht seit jeher in Konflikt mit dem Bedürfnis nach Ruhe und Stille und mit den Schutzbestimmungen geschützter Landschaften. Bereits vor 20 Jahren wurde auf politischer Ebene angeregt, zum Schutz der alpinen und hochalpinen Landschaften und deren Tierwelt Helikopterflüge zu rein touristischen Zwecken einzuschränken bzw. zu verbieten. Der Bundesrat hat 2000 beschlossen, alle GLP im Rahmen des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt (SIL) einer Prüfung zu unterziehen. Mit der Überprüfung wurde das BAZL (Bundesamt für Zivilluftfahrt) beauftragt: Nach zehn Jahren liegen immer noch keine greifbaren Resultate vor. Im Gegenteil. Die Situation ist verfahren und droht, wie die jüngsten Ereignisse in Zermatt zeigen, zu eskalieren.

Kurt Fluri, FDP Nationalrat und Präsident des Stiftungsrats der SL, hat nun eine Interpellation eingereicht und fordert, dass der Bundesrat handelt. Fluri will wissen, welche Konsequenzen der Bundesrat aus der Tatsache zieht, dass das Bazl die versprochene Überprüfung der Gebirgslandeplätze nicht bewältigt und keine Lösungen findet. Er regt an, dass ein anderes Bundesamt mit der Aufgabe betraut werden müsste, um die Konfliktsituation mit der touristischen Gebirgsfliegerei endlich zu lösen. Die SL fordert den Bund dringend auf, den Konflikt um die Nutzung der Hochgebirgslandschaft zu klären. Dabei soll auch die Aufhebung von Landeplätzen diskutiert werden, welche die Schutzbestimmungen geschützter Landschaften verletzen oder sensible Gebiete beeinträchtigen.